



Dr. Klaus Bodmann:

Italiens Studenten an der Seite der Arbeiter

stehenden Probleme der Universitäten, fertigen Flugblätter, Plakate und Zeitschriften an. Mitte Februar kam es zu einem Streik der Assistenten aller italienischen Hochschulen gegen die schleppende Behandlung des Hochschulgesetzes durch das Parlament. Im März schließlich bahnten sich die ersten Kontakte mit den Arbeitern an: zu Hunderten beteiligten sich die Studenten Turins am Streik der FIAT-Arbeiter, marschierten in den Demonstrationen mit, stellten Streikposten und trafen erste Abmachungen mit den Gewerkschaften. Die Einheit zwischen Arbeitern und Studenten zeichnete sich in Pisa ebenso wie in anderen Universitätsstädten ab. Gleichzeitig verbreitete sich die Kampfbasis der Studenten immer mehr. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres griff die Bewegung auch auf die große Masse der italienischen Oberschüler über, denen sich häufig Lehrer und Eltern anschlossen. Der Kampf hält mit unverminderter Stärke an.

Die Ursachen

Warum geht es dabei? Niemand kann der studentischen Jugend noch vormachen, daß es lediglich einiger materieller Verbesserungen im Bildungswesen bedarf, um die aufgeworfenen Probleme zu lösen. Gewiß ist der entsetzliche Mangel an Lehrkräften und Schulräumen eine Ursache des Aufwuchs; Hörsäle und Klassenzimmer sind überfüllt, waren auch der vielfach durchgeführte Zweil- und Dreischichtenbetrieb nichts ändern kann. Allein in Rom fehlen 2000 Klassenzimmer. Der Hauptstoß der Studentenbewegung richtet sich jedoch gegen den Klassencharakter des italienischen Bildungssystems. Es ist offenkundig geworden, daß Schule und Universität darauf hinarbeiten, die junge Generation zu Konformisten, zu Dienern des monopolkapitalistischen Systems zu erziehen, daß sie den kritischen Geist der Jugend zu ersticken, statt ihn zu fördern suchen.

Alle wichtigen gesellschaftlichen Probleme sind ebenso wie die Geschichte der letzten zwanzig Jahre seit der Zeit des Faschismus von den Bildungsstrukturen festgehalten worden. Die Leistungsstrukturen der Universitäten und Hochschulen widerspiegeln mit ihrem hierarchischen Autokratismus das Machtgefüge der spätkapitalistischen italienischen Gesellschaft: der rechtlosen Masse der Studenten und Assistenten steht die feudalistisch anmutende Macht der Rektoren, Dekane und Lehrstuhlinhaber gegenüber, die ihre Privilegien mit einer „Solidarität“ verteidigen, die ihre Vorbilder bei der Mafia sucht.

Hinzu kommen die Prinzipien der Auswahl im Bildungssystem. Lassen wir das Analphabetentum beiseite, dessen eine Wurzel noch wie vor die Kinderarbeit ist, so bleibt immer noch die Tatsache, daß nur 8 Prozent der Abiturienten Arbeiterkinder sind, von denen wiederum nur ein Teil die Hochschulen besuchen kann. Viele Hochschulabsolventen finden keine Arbeit, die ihrem Ausbildungsniveau entspricht und müssen sich mit minderwertigen Stellungen zufriedengeben. Die Herausbildung eines intellektuellen Proletariats in einem Land wie Italien, in dem es noch weite unterentwickelte Zonen gibt, hat den Studenten mit erschreckender Deutlichkeit die Grenzen der spätkapitalistischen Produktionsverhältnisse gezeigt, unter denen gewaltige Reserven an Produktionskräften brachliegen müssen.

In entscheidendem Maße aber hat zur Radikalisierung der Studentenbewegung, zum Umschlagen des allgemeinen Unbehagens der Studenten in die politische Massenaktion, die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie beigetragen. Viele Studenten berufen sich besonders auf den Kampf des vietnamesischen Volkes, der ihnen

bewiesen hat, daß auch der mächtigste imperialistische Gegner geschlagen werden kann und daß auch innerhalb der imperialistischen Länder die werktätigen Massen nicht ohnmächtig der materiellen und geistigen Manipulation durch die großen Monopole und deren Staat unterliegen müssen.

Von Cohn-Bendit bis Mao

Die zunehmende Anziehungskraft der sozialistischen Ideen hat bewirkt, daß sich alle ideologischen Strömungen der italienischen Studentenbewegung mit geringen Ausnahmen auf Marx berufen. Bei näherem Hinschauen erweist es sich jedoch, daß in dem Gewirr von anarchischen und kleinbürgerlich-radikalen Gruppierungen der Boden für eine marxistisch-leninistische Orientierung recht knapp bemessen ist. Aspekte der chinesischen „Kulturrevolution“, Ideen von Mao und Cohn-Bendit, schematische Übertragungen der strategischen Ansichten „Che“ Guevaras auf die italienischen Verhältnisse beherrschen große Teile der Bewegung. Es mahnen sich deshalb in der KPI die Stimmen derer, die dafür eine ungenügende Auseinandersetzung mit solchen Ideen durch die Partei sowie das Fehlen einer eigenen überzeugenden politisch-ideologischen Alternative der KP für die Studentenbewegung verantwortlich machen.

Giorgio Amendola weist im theoretischen Organ der KPI „Rinascita“ vom 7. Juni 1968 auf die Schwächen der Parteiarbeit hin, die zu den extremistischen und anarchischen Positionen eines großen Teils der Studenten geführt hätten, die ihrerseits auf die Arbeiterbewegung überzugreifen drohten. Er sieht die Ursachen für diese Erscheinungen darin, daß die Partei lange Zeit ihre ideologischen Flanken dem Gegner unbedeckt zum Angriff gelassen hat, indem sie den Kampf weder gegen den sozialdemokratischen Opportunismus noch gegen links Abenteurertum mit der nötigen Konsequenz geführt habe. Obwohl z.B. die Bücher von Maruse in hohen Auflagen in Italien verkauft worden sind, habe es keine theoretisch fundierte Zurückweisung seiner Ideen durch die Partei gegeben.

So steht die italienische Studentenbewegung nach einem Jahr leidenschaftlichster ideologischer Auseinandersetzungen vor der Tatsache, daß es zwar in der Einschätzung der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung einen relativ einheitlichen Standpunkt gibt,

in der Einschätzung des Grundwiderspruches unserer Zeit und des Verhältnisses zur Arbeiterklasse und ihren Kampforganisationen jedoch tiefe Divergenzen bestehen, was sich eindeutig auf die Organisiertheit und die Resultate des studentischen Kampfes auswirkt.

Linksradikale Gruppierungen, die ihr Sprachrohr in Publikationen mit revolutionär klingenden Namen (Potere Operaio, Classe e Stato, Quaderni Rossi usw.) haben, behaupten, die italienische Arbeiterklasse habe keine echte Interessenvertretung in ihren Parteien und Gewerkschaften mehr, da diese „in das System integriert“ seien. Allein die Studenten als „äußere“, „nichtintegrierte“ Elemente seien in der Lage, die revolutionären Potenzen der Volksmassen zu wecken. Sie hätten die Aufgabe, die Hegemonie der Arbeiterparteien über die Werktätigen zu brechen und unter Umständen sogar selbst eine revolutionäre Partei zu schaffen. Es ist klar, daß diese ideologische Fehlorientierung, die die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung völlig ignoriert, auf die Diskriminierung der Kommunistischen Partei und auf die Spaltung der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Italien wie im internationalen Rahmen abzielt, zumal sie häufig einhergeht mit einer antisowjetischen Haltung und der theoretischen Aufhebung der gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern in einer sogenannten „Industriegesellschaft“ im Sinne der Konvergenztheorie.

Echtes Bündnis mit den Arbeitern

Die Hauptströmung der italienischen Studentenbewegung jedoch begreift sich heute als ein Teil der gesamten demokratischen und sozialistischen Bewegung und strebt deshalb das Bündnis mit den Parteien der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften an. Es hat sich bei den meisten Studenten der Standpunkt durchgesetzt, daß der Kampf um Demokratie in den Schulen und Universitäten ein wirksamer Beitrag zur Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist, wenn er mit den Aktionen der italienischen Arbeiterbewegung verbunden wird. Im gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Studenten auf den Straßen und in den Betrieben, in neuen Formen der Zusammenarbeit, wie sie z.B. die

venezianischen Architekturstudenten bei Untersuchungen zum Bauzustand des Arbeiterviertels Giudecca oder die Medizinstudenten bei Untersuchungen der hygienischen Zustände in den Fabriken erproben, festigt sich das Kampfbündnis.

Spontaneität ist jedoch noch wie vor die Hauptschwäche der Bewegung. Nur zögernd können die kommunistischen Studenten ihren Standpunkt durchsetzen. Die KPI als die einzige Partei, die von den Studenten neben der weniger starken PSIUP als ernsthafter Diskussionspartner anerkannt wird, war eingestandenmaßen vom Ausmaß, dem Kampfgeist und der Tragweite der Forderungen der studentischen Bewegung überfordert worden. Die Forderungen der Studenten übertrafen in ihrer Konsequenz bei weitem das, was der 1955 von der Parlamentarisation der KPI eingebrachte Entwurf zu einem Hochschulgesetz zu bieten gehabt hatte. Die von manchen Parteiführern vertretene Auffassung von der „avantgardistischen“ Rolle der Intelligenz behinderte die KP außerdem daran, sich an die Spitze des Kampfes der Studenten zu stellen und diesen organisch in den der italienischen Arbeiterklasse einzufügen.

Inzwischen ist die italienische Regierung nicht untätig gewesen. Mit Zuckerbrot und Peitsche, mit der Versprechung einer „Mini-reform“, wie sie die Studenten nennen, und mit der Aufstellung von Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Studentenunruhen, die u.a. mit Bullen zum Einsatz geschickt worden sind, versucht sie der Lage Herr zu werden. Die Polizei verprügelt, verhaftet oder registriert die demonstrierenden Studenten und Schüler. Sie schneidet ihnen die Bärte und langen Haare ab. Das ist zweifellos auch eine Methode, sich mit den Köpfen der jungen Leute abzugeben. Aber damit werden die Probleme nicht gelöst. Dennoch mußten hier und da die Studentenversammlungen als Gegengewicht zu den akademischen Behörden anerkannt werden, und verschiedene Ausschüsse des akademischen Autokratismus wurden beseitigt.

Eine weitere Zuspitzung der innenpolitischen Krise kann sich die italienische Monopolbourgeoisie nicht leisten. Größere Erfolge der Studentenbewegung werden jedoch davon abhängen, in welchem Maße sich die sozialistische Jugend einheitlich organisiert und die italienischen Kommunisten dabei die Führung übernehmen werden.

Mächtige Komplexionen der Werktätigen erschüttern Italien. 13 Millionen legten am 14. November aus Protest gegen die reaktionäre Sozialpolitik der christlich-demokratischen Regierung Moro die Arbeit nieder, eine Aktion, wie sie Italien seit den Tagen der Resistenza nicht mehr erlebt hat. Eine qualitativ neue Erscheinung ist dabei nicht nur die Einheit der kommunistischen, sozialistischen und katholischen Gewerkschaften; auch die Solidaritätsaktionen der italienischen Studenten für die streikenden Arbeiter datieren erst seit kurzer Zeit. Sie sind jedoch heute aus dem Bild der Klassenauseinandersetzungen in Italien nicht mehr wegzudenken. Parallelen zu den Meistereignissen in Frankreich bieten sich an; auch dort hatten die Studenten an der Seite der Arbeiter gestanden und zur Aktivierung ihrer revolutionären Potenzen beigetragen.

Was veranlaßt die italienischen Studenten, auf die Straße zu gehen und zusammen mit den Arbeitern zu demonstrieren?

Studenten besetzen Universitäten

Nachdem bereits 1956 die Studenten Roms mit der Besetzung ihrer Universität die Öffentlichkeit auf die autonomen Mischverhältnisse an den Hochschulen hingewiesen hatten, begannen mit der Besetzung der Turiner Universität am 27. November 1967 eine Protestwelle der Studenten gegen die reaktionäre Bildungspolitik, undemokratische Verhältnisse an den Universitäten, überalterte Lehrmethoden und überholte und lebensfremde Bildungsinhalte. Sie erfolgte im Januar die Katholische Universität in Mailand, die Pädagogische Hochschule von Pisa und die Universität von Florenz, deren Rektor Giacomo Devoto aus Solidarität mit den Studenten sein Amt niederlegte. Besetzungen der Universitäten von Trient, Venedig, Parma, Favia, Neapel und Bari folgten.

Während dieser Besetzungen, die oft Wochen und Monate andauerten, arbeiteten die Studenten in endlosen Debatten ihre politische Linie aus, verließen Entschlüsse, Arbeitspläne und Lösungsvorschläge für die an-

Westdeutsche Studenten fordern Rüstungsmilliarden für Bildung

In Münster, Köln und Düsseldorf gingen mehr als 3000 Pädagogik-Studenten auf die Straße, um auf den Ausbildungsnotstand an der Hochschule aufmerksam zu machen. Für insgesamt 38.889 Studenten an den Lehrerbildungsstätten Nordrhein-Westfalens gütete es nur 440 hauptamtliche Lehrkräfte. Ein Professor hat bis 1300 Studenten zu betreuen, Seminare für 20 Personen werden von durchschnittlich 500 Höchern besucht. Als in Verhandlungen mit den zuständigen Behörden des Landes die Forderung nach Erhöhung der Planstellen abgelehnt wurde, weil „das notwendige Geld fehlt“, verwiesen die Lehrstudenten in einem Flugblatt auf die hohen Rüstungskosten: „Der Bund gibt in den nächsten vier Jahren 84 Milliarden für die Rüstung aus. Schon Bruchteile davon würden helfen, nicht nur uns – vor allem Ihren Kindern.“

Große Aufmerksamkeit fand auch ein Flugblatt der neuen Partei „Aktion Demokratischer Fortschritt“, in dem es heißt: „Hauptposten des Bundeshaushaltes in den nächsten Jahren sind 44 Milliarden. Die Rüstungskosten. Die Frage nach der Bewältigung des Bildungsnotstandes stellt sich daher als Frage nach zukunftsorientierter und demokratischer Haushaltsplanung und nach drastischer Kürzung des Rüstungshaushaltes und einer entsprechenden Politik der Entspannung. Die Lösung dieser Frage verlangt breite Initiative. Sie verlangt Aktionen und Einflussnahme auf die Politik.“

UZ 1-2/69, Seite 12

Tot - auch ohne Totenfeier

In den vergangenen Dezember fiel der 20. Jahrestag der Gründung der „Freien“ Universität Westberlin-Dahlem. Wir hielten das für belanglos – bis wir in Westberlins Presse diese Bemerkung lasen: „... liegt nicht der geringste Grund vor, dieses eigentlich belanglose Ereignis zu feiern.“ Dazu die sachliche Note, daß tatsächlich keine Jubiläumserlichkeiten oder wenigstens „veranstaltungen oder irgend sonstwas“ stattfinden.

Und dieses Gefühl der Belanglosigkeit für ihre eigene Schöpfung, das Westberlins Herrschenden befallen hat, macht die Sache für uns nun doch interessant.

Nur das bessere Verständnis halber ein paar Worte zur Geschichte jener Belanglosigkeit: Nach dreijährigen vergeblichen Versuchen, die Humboldt-Universität Unter den Linden als Brückenkopf der Ideologie und des Machtinflusses des Imperialismus zu erhalten, gründeten die entarteten Aufwiegler demonstrativ eine neue Universität im Westen der Stadt – der Unterstützung der Frankfurter Politik von damals wie der Westmächte versichert. Sie geben ihr genau so demonstrativ den Namen „Freie“ Universität.

Da die Zusammensetzung der Studentenschaft, die Zielrichtung der Universität damals klarer war als an irgendeiner anderen westdeutschen oder Westberliner Universität, bekamen die Studenten auch ein paar Rechte mehr als die anderswo: das vielgerühmte

„Berliner Modell“ entstand – und funktionierte, bis sich die Studenten der ihnen zugesprochenen Rechte plötzlich nicht mehr nur gegen die DDR, sondern gegen das eigene „Establishment“ bedienten. Kurz gesagt: Nach leichten Erschütterungen wird das Westberliner Modell seit eben 1965 von den Frontpolitikern im Senat Westberlins und im Akademischen Senat, nicht zu vergessen die Springer-Presse, sukzessive diffamiert und obgelenkt.

Das auch ist der tatsächliche Grund für die Abzage jeglicher Feiern: „Wir wollen doch keine Totenfeier“, meinte ein Vertreter der Universität resignierend.

Die Besinnung auf die Worte, mit denen man 1948 angetreten war, würde deutlich machen, wie tendenziell und undemokratisch sie wirklich gemeint waren. Mehr noch: Die dabei unvermeidliche betonte Gegenüberstellung von Dahlemer Universität und Humboldt-Universität könnte nur zu einer Werbe- und Propagandaveranstaltung für das Hochschulleben der DDR werden, denn so formulierte Gründungsrektor Redlob „die Forderung unserer Gründung“ und zwar „im Gegensatz zu der vom Osten her dirigierten Unterordnung von Forschung und Lehre unter das Machtgebot des Staates und seiner Funktionäre“. Die neugegründete Universität sollte entsprechend „dem Streben nach einer heilvollen Entwicklung und der Einsicht, daß die verantwortungsvolle Beteiligung an den Lebensfragen der Universität zur Ausbildung der Studierenden gehört.“

Sie gehört tatsächlich – allerdings Unter den Linden.

VERSCHWÖRER. Unter äußeren Umständen, wie man sie sonst nur bei Geheimtätigkeiten illegaler Verschwörerzirkel kennt, fand am Montagabend in der Medizinischen Fakultät in Homburg/Saar die entscheidende Sitzung des Komitees der saarländischen Landesuniversität statt. Die für 17 Uhr anberaumte Veranstaltung war 15 Minuten vor Beginn von Saarbrücken nach Homburg verlegt worden, und zwar wegen des begründeten Verdachtes, daß radikale Studentengruppen versuchen würden, die Sitzung zu sprengen; die Mehrzahl der Professoren fuhr in zwei Omnibussen nach Homburg. („Handelsblatt“)

Was diese Universität für das ostdeutsche Kultur- und Geistesgut und die Verständigung mit den Nachbarvölkern im Osten geleistet habe, siehe im umgekehrten Verhältnis zu dem, was die Saarländischen zu ihrer Gründung beigetragen haben. („Süddeutsche Zeitung“)

Als ob die Regensburger allein daran schuld sind, daß es mit der CSSR nicht geklappt hat!

Der neue Ordinarius für Publizistik an der „Freien“ Universität Westberlin, Pross, erklärte, daß er nicht bereit sei, „sich als Arbeitnehmers ausbeuten zu lassen“.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und viele andere) Wir sagen's ja schon immer, daß in Westdeutschland ausgebeutet wird, aber die westdeutsche Presse? Blind vor Wut, weil's hier gegen Studenten geht, merken sie gar nicht, wie sie ihr Sozialpartnerbild demolieren.

zitate · zitate · zitate

Heinrich Heine und die Philister

An Heinrich Heine scheiden sich auch heute noch die Geister, wie der Streit um den Namen der neu gegründeten Düsseldorf-Universität beweist. Zwar sind seitlangem Freischüler oder auch Hofprediger Stöcker allgemein disqualifiziertes Argumente aus dem Denkmalstreit der achtziger Jahre – „Schmutzfrücht im deutschen Dichtergarten“ – nicht mehr im Gebrauch. Man hat sich schließlich zediert. Aber die Düsseldorf-Universität Heinrich-Heine-Universität zu nennen ...

Da bemerkt man „die Unterwürfigkeit absolutistischer Tendenzen mit der Verleugung von Namen einzelner Männer“ oder ganz modern den „Personenkult“. Andere fühlen sich in die Nachbarschaft des Bücherhandwerks versetzt, wenn es neben dem Schiller-Locken eine Heine-Universität gäbe (erstrecht!) behaupten sie jedenfalls).

Auf das entscheidende Argument der Befürworter der Heinrich-Heine-Universität, er gehöre „zu den geistigen Mitbegründern der deutschen Demokratie“, ging bisher keiner ein, womit spätestens alles andere als Vorwand qualifiziert ist. Wahrscheinlich war Heines Demokratie doch nicht die richtige Sorte für die westdeutschen Herren.

biss



Foto: S&P